

Schweizer Demokraten (SD)

1. - Augustansprache 2010 in Näfels GL

Ueli Brassler, Zentral-Präsident

Verehrte Mitstreiterinnen und Mitstreiter für Volk und Heimat
Liebe heimat treue Festgemeinde

Es freut mich sehr, am heutigen 719. Geburtstag der Eidgenossenschaft, einige Worte an Sie richten zu dürfen.

Sie werden sicher verstehen, dass ich Ihnen heute nicht nur himmelhochjauzend einen Glückszustand der Schweizerischen Eidgenossenschaft vorgaukeln kann. Das will ich auch nicht, denn der Zustand unserer Politik bzw. unserer Aussenpolitik ist alles andere als rosig, der ist nämlich erbärmlich peinlich. Ich versuche aber in meinen Ausführungen auf weitere Kraftausdrücke zu verzichten.

Meine Ausführungen handeln über Heimat, Umwelt, Neutralität, Wachstumswahn, Personenfreizügigkeit, Ausverkauf der Heimat und Bemerkungen zur Bundesregierung.

Sie haben am 1. August arbeitsfrei und beziehen trotzdem den Lohn. Dies verdanken Sie einer Volksinitiative der Schweizer Demokraten, welche in der anschliessenden Volksabstimmung mit deutlicher Mehrheit angenommen wurde. Scheuen wir uns nicht, unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern immer wieder in Erinnerung zu rufen, wem sie den arbeitsfreien Nationalfeiertag verdanken. Den damaligen Mitstreitern, die kräftig angepackt haben, gehört daher ein respektvoller Applaus!

„Die Schweiz – unsere Heimat!“

Da stellt sich die Frage was unter Heimat überhaupt zu verstehen ist. Für uns Schweizer Demokraten ist klar, dass Heimat nur dort sein kann, wo unsere Wurzeln sind. Dort wo unsere Vorfahren mit Weitblick unser Staatsgebilde aufgebaut und sorgsam jeweils der Zeit angepasst haben.

Für die linksgeschraubten, hochgescheiterten Frauen und Männern ist im Gegensatz klar, dass Heimat einfach dort ist, wo man sich gerade aufhält oder wohlfühlt.

Erinnern Sie sich an die Parole „La Suisse n'existe pas“, welche in die ganze Welt hinausposaunt wurde? Darf denn „Kunst“ soweit gehen? „Kunst“, die von uns allen finanziert wird?

Ich meine das ist Sauglattismus, deren Verfasser sich damit nicht brüsten dürfen. Die sollen sich lebenslänglich schämen!

Eine andere, aber positive Bewegung liess mein Herz jubilieren, als sich an der Fussball – Europameisterschaft 2008 geradezu eine Schweizkreuz – Euphorie entfachte. Dasselbe erlebten wir an der Weltmeisterschaft in diesem Jahr. Dies muss den Linken wehgetan haben, die wurden kräftig abgestraft.

An der Berufsschule stelle ich ebenfalls den erfreulichen Trend nach Heimatliebe fest. Vielfach auch unter den Secondos, die ihren Schweizerpass jederzeit zur Hand haben und diesen auch stolz präsentieren.

Ein grosses Potential an heimattreuen Bürgern wächst da heran, welches wir auf keinen Fall brach liegenlassen dürfen. Die wachsende JSD bestätigt diesen Trend.

Sie hören richtig meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt auch erfreuliches zu berichten!

Wir Schweizer Demokraten setzen uns für die Schweiz ein, weil wir unsere Heimat lieben und sie auch für künftige Generationen lebenswert erhalten wollen.

Umwelt

Zu Patriotismus und Heimattreue gehören natürlich auch der sorgsame Umgang mit der Natur und der Förderung von erneuerbaren Energieformen.

Die Personenfreizügigkeit in Europa entwickelt sich – gemäss unseren Warnungen vor den Volksabstimmungen – zu einem folgenschweren Selbstläufer in unserem Land.

Es wird gebaut und gebaut, dass sich die Balken biegen. Die neuen Mieter und Eigentümer der Wohnungen in kasernenartigen Nurbetonüberbauungen sind vorwiegend Deutsche, die im mittleren Kader von globalisierten Konzernen arbeiten. Diese sind im Stand, teure Mietzinse zu zahlen. Die Nachfrage lässt die Preise steigen; ein wahrhaftes Paradies für Spekulanten.

Diese Verbetonierungen sind kaum mehr renaturierbar und im Notfall fehlt wertvoller Landwirtschaftsboden um eine eigenständige Ernährung sicherzustellen.

Da muss Gegensteuer gegeben werden!

Will heissen, dass wir diese Bauvorhaben bekämpfen müssen und dass Landverkäufe der öffentlichen Hand an Private in den Parlamenten gestoppt werden.

Zudem müssen wir unsere Bemühungen gegen die Energieverschwendung noch steigern, um nicht der AKW – Lobby Argumente zu liefern, um neue Atomkraftwerke zu bauen.

Es gilt Häuser effizient zu isolieren, energiesparende Elektroapparate einzubauen, Glühlampen gegen Sparlampen auszutauschen, Sonnenkollektoren für die Warmwassererzeugung aufs Dach zu montieren und die diversen standby – Einrichtungen zu überprüfen.

Ohne diese standby – Einrichtungen kann ein ganzes Atomkraftwerk vom Netz genommen werden. Dies bedeutet immerhin ein Fünftel weniger Gefahr vor einer nuklearen Katastrophe in der Schweiz und des benachbarten Auslandes.

Wir Schweizer Demokraten bekämpfen den Bau von neuen und den Umbau von bestehenden Kernkraftwerken!

Wollen wir nur ansatzmässig an die ehrgeizigen Ziele der 2000 Watt Gesellschaft, wie in der Stadt Zürich beschlossen herankommen, müssen wir vorerst unsere Ansprüche herunterschrauben.

Das Bewusstsein der Bevölkerung zum Energiesparen muss noch stärker geschärft werden. Den öffentlichen Verkehr zu nutzen, kann dazu ein Einstieg sein.

Zur erneuerbaren Energieerzeugung unterstützen wir die Wasserkraft, welche durchwegs auch aus kleinen kommunalen Werken bestehen darf, die Sonnenenergie zur direkten Erzeugung von elektrischer Energie oder als Wärmetauscher für die Warmwasserversorgung, die Biogaserzeuger, die Geothermie welche meines Erachtens grosse Zukunft haben dürfte und allenfalls Windkraftanlagen soweit diese auch umweltverträglich sind.

Die Forschung und Entwicklung gibt zur Zeit Vollgas und monatlich ist von grösseren Fortschritten zu hören. Ich bin zuversichtlich, dass dereinst unsere Versorgung aus erneuerbarer und nachhaltiger Energie die leidigen fünf Atomkraftwerke ablösen werden und keine neuen derartigen Zeitbomben mehr in Betrieb kommen.

Wir Schweizer Demokraten werden mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die KKW-Lobby, die beharrlich auf die alles selig machende Stromlücke wartet, antreten.

Neutralität

Die Neutralität ist die unabdingbare Voraussetzung für Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der Schweiz. Sie ist im Volk nach wie vor stark verankert und muss wieder vermehrt ins Bewusstsein gerufen werden.

Es besteht aber eine schleichende Gefährdung vor allem durch aktivistische ausserpolitische Aktivitäten. Die Gefahr darf nicht übersehen werden, weil die Neutralität verwaschen wird. Es wird versucht, die öffentliche Debatte zu vermeiden, weil die Neutralität bei den Stimmbürgern gut verwurzelt ist und die Verfolgung von Zielen der politischen Führung stören könnte.

Die Parteien müssen sich in aller Klarheit für die Neutralität aussprechen. Es ist darüber zu wachen, dass die Neutralität nicht schleichend ausgehöhlt wird.

Die Neutralität ist mit einem Beitritt zur Europäischen Union oder zum Nordatlantikpakt unvereinbar.

Sie ist einer der politischen Hauptgründe dafür, dass die Schweiz der EU nicht beitreten kann, solange die Union eine gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik anstrebt und die Gleichschaltung sucht; und sie ist ganz entscheidend dafür verantwortlich, dass die Schweiz der Nato nicht beitreten kann, in deren Charta der Artikel V alle Mitglieder zur militärischen Hilfeleistung für den Fall verpflichtet, dass ein Mitgliedstaat angegriffen wird.

Neutralität und NATO-Mitgliedschaft sind miteinander absolut unvereinbar!

Wir sagen ja zu Eigenständigkeit, Unabhängigkeit und Neutralität weil allein eine konsequente Politik der immerwährenden, bewaffneten, in eigener Freiheit ausgestalteten Neutralität die Schweiz davor bewahrt, in internationale Konflikte und fremde Händel hineingezogen zu werden.

Wir sagen ja zu Eigenständigkeit, Unabhängigkeit und Neutralität weil nur ein unabhängiger, nicht in internationale Bündnisse eingebundener Staat seinen Bürgern ein Höchstmass an persönlicher Freiheit gewähren, Freundschaft mit allen andern Staaten pflegen, allen Menschen der Welt gegenüber Achtung zollen und gleichzeitig Selbstachtung pflegen und Selbstbestimmung garantieren kann!

Wir sagen ja zu Eigenständigkeit, Unabhängigkeit und Neutralität weil lebendige Eigenständigkeit geachtet wird, womit die Schweiz an Wertschätzung gewinnt!

Der Wachstumswahn

Wachstum wäre im Prinzip eine ganz normale Erscheinung, ein normales Naturprinzip. Denn ein geborener Mensch beginnt zu wachsen, so auch die Tiere und Pflanzen. Bäume wachsen vom kleinen Sämling zu Riesengebilden.

Doch so wie das Wachstum der Menschen einen normalen Abschluss findet – sonst würden sie sich zu Tode wachsen – ist es dasselbe bei Tieren und Pflanzen.

Pflanzen bringen meist nach Abschluss des Wachstums irgendwelche Früchte, denken wir an eine grosse stämmige Eiche, sie bringt die Eicheln, die Buche die Buchnüssli, der Nussbaum die Baumnüsse, der Birnbaum die Birnen und der Apfelbaum die Äpfel, und so weiter.

Doch alle diese grossen und kleinen Pflanzen hören an irgendeinem Punkt mit dem Wachstum auf, damit schützt sich die Pflanze vor der Selbstvernichtung.

Auch die Organe bei allem Leben haben im Laufe der Evolution in Jahrmillionen sich auf eine ganz bestimmte Grösse eingespielt. Sie sind gesteuert von den Zellen, welche für jedes Organ, also auch beim Menschen, eine ganz bestimmte Anzahl mit einer ganz bestimmten Grösse vorgegeben haben.

Wird dieser Mechanismus auf irgendeine Art gestört oder beeinträchtigt, dann beginnen die Zellen verrückt zu spielen.

Das heisst, ihr Wachstum sprengt den natürlich vorgegebenen Rhythmus in Anzahl und Grösse. Dann entsteht beim Menschen oder auch beim Tier, ja sogar bei Pflanzen, ein so genannter Tumor.

Es entsteht eine Krebswucherung, ausgelöst durch wildes Zellwachstum, das sich jeder organischen Kontrolle entzogen hat.

Mit diesem Beispiel sehen wir, dass nirgends auf unserem Planeten ein unbeschränktes Wachstum ohne schwerwiegende Folgen möglich ist.

Hingegen bilden sich Wirtschaftsrosse sowie Politiker von links bis rechts in nai-
ver Dummheit ein, das so genannte Wirtschaftswachstum könne und müsse ein-
fach linear weitergehen.

Dieses Wachstum muss gestoppt werden, denn es ist ein Krebsgeschwür, das al-
les zerstört!

Auch unsere längst dramatisch überbevölkerte Heimat wird mit Überbauungen zu
einer Betonwüste gemacht. Doch was kümmert dies die Profit-Bosse und die lin-
ken Abzocker, von denen hier auch gesprochen werden muss?

Dies sind nämlich die neuen Ausbeuter!

Die linken Ausbeuter haben längst die alte Garde von Abzockern abgelöst und
zwar durch Umverteilung auf allen Stufen:

Ausbeutung der Sparer durch die Verschwender, der Fleissigen durch die Faulen-
zer, der Selbstverantwortlichen durch die Labilen und Skrupellosen.

Ausbeutung der Sozialsysteme und Ausbeutung der bäuerlichen Bevölkerung
weltweit.

Ja, darüber könnte die längste Dissertations-Abhandlung geschrieben werden.

Wegen dieser Grundausbeutung einerseits und durch den blinden Wachstums-
glauben der Wirtschaft andererseits wird immer weiter Wachstum gefordert!

Dieses Wachstum wird sogar einem Indikator unterstellt:

Damen und Herren mit hohen Salären errechnen inständig das monatliche, quar-
tals-, halbjahres- und Ganzjahres-Wachstum der Wirtschaft.

Sie machen andauernd Prognosen, einfältige Prognosen und auch Gefälligkeits-
prognosen.

Bei diesen Wachstumsprognosen geht es auch immer wieder um den „Beschäfti-
gungsgrad“, also um die Arbeitslosen. Werden dann in den Medien – vor allem im
Fernsehen - diese Prognosen kommentiert, tritt meist ein Erwerbsloser mit auf,
der dann mit weinerlichen Stimme die Situation bejammert.

Achten Sie bitte, meine Damen und Herren, auch auf die Schnabuleien betreffend
die Arbeitslosen. Diese basieren immer auf „erwartetem Wachstum“. Dass die Ar-
beitslosen-Unterstützung weit tiefer angesetzt werden müsste und auch der Lohn
tiefer, ist für alle diese Schmarotzer-Profiteure kein Thema – es ist ein Tabu.

Was wir in der Schweiz brauchen ist also nicht Wachstum, sondern „Wachstums-Stopp“! Aber eigentlich nicht nur in der Schweiz, sondern auch in Europa und der Welt.

Nur ganz kurz aber erschreckend möchte ich Ihnen aufzeigen, wohin blindes, ein-fältig primitives Wirtschafts-Wachstum führen würde, welches die skrupellosen Wachstumsprediger in niederer egoistischer Propaganda über naives Völlervolk herunter rieseln lassen.

Ausgehend von den immer wieder hochgejubelten und geforderten 3% Wachstum, kann man „Halbzeitwerte“ oder begrenzte Vollzeitwerte rechnen.

3 Prozent würden in 47 Jahren eine Vervierfachung ergeben – ein Horror!

Also vier mal mehr Häuser, vier mal mehr Autos, vier mal mehr Fastfood-Fres-stempel, vier mal mehr Spitäler, vier mal mehr Psycho-Kliniken, wobei hier mit weit mehr gerechnet werden muss, weil die Menschheit sich gegenseitig vernich-tet, mobbt und zerstört und keine Ruhe mehr findet. Auch alles andere Erdenkba-re müsste vervierfacht werden, Gefängnisse sogar vermehrfacht!

Sie sehen, wir brauchen minimales Wachstum, da alles andere in das Verderben und den Tod führt!

Die Menschheit würde zur willenlosen Masse werden, die leicht – noch viel leicht-er als heute – manipuliert werden könnte. Da das Sozialwesen längst zusam-mengebrochen wäre, würde der Untergrund (z.B. die Mafia) die Macht ergreifen, denn auch die mehrfache Polizei wäre weitgehend machtlos.

Wir Schweizer Demokraten halten an einem Minimal-Wachstum fest!

Personenfreizügigkeit

Anfang Juli frohlockte das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) von Doris Leuthard, dass lediglich 145'000 Personen arbeitslos seien und dass die Arbeits-losigkeit um unglaubliche 0,1 auf einen Stand von 3,7 Prozent gesunken sei.

Mit keiner Silbe wird erwähnt, dass einerseits die Arbeitslosigkeit in den Sommer-monaten jedes Jahr sinkt und andererseits die Arbeitslosigkeit ohne die unkontrol-lierte Zuwanderung weit niedriger ausfallen würde.

Im Kanton Zürich sind trotz erheblichem Lehrermangel 980 Personen im Bereich, Bildung und Seelsorge arbeitslos. Viele der erwerbslosen Lehrer möchten gerne in eine andere Branche wechseln, würden dort aber keine Stelle finden.

Wie weit haben wir unseren Sozialstaat ausgebaut, wenn es möglich ist, sich eine berufliche Neuausrichtung von der Allgemeinheit finanzieren zu lassen?

Hier ist dringend Handlungsbedarf angesagt!

Arbeitslosen Lehrern muss eine vertretbare Stelle zugewiesen werden. Verweigert der Stellenlose die Kooperation, muss das Taggeld auf eine schmerzliche Grenze reduziert werden.

Zurzeit ist der Arbeitsmarkt – trotzdem dass jeder zwanzigste Arbeitslosengeld bezieht – völlig ausgetrocknet. Wer sich jetzt für eine Stelle bewirbt, will entweder tatsächlich arbeiten und ist daher nicht allzu lange arbeitslos oder er will lieber keine Zusage für Arbeit.

Viele der in der Schweiz Erwerbslosen sind schwierig zu vermitteln, weil die Arbeitskräfte unflexibel, über 55-jährig, unterqualifiziert sind oder weil die Leute schlicht und einfach keinen Führerschein besitzen, was in vielen handwerklichen Berufen ein Muss ist.

So ist es für Stellenvermittler das Einfachste, in der grossen EU-Datenbank EURES nach geeigneten Arbeitskräften im EU-Raum zu suchen.

Auf dieser Onlineplattform, welche pro forma ein Passwort benötigt, das aber praktisch jeder bekommt, sind gegen eine Million Europäer mit Lebenslauf und Telefonnummer abrufbar.

So ist es für viele Stellenvermittler einfacher einen „massgeschneiderten“ Europäer zu suchen, als einen z.B. älteren Schweizer Arbeitnehmer einzustellen. Gemäss Zürcher Arbeitslosenstatistik waren im Juni 1660 Personen aus der Sparte Bau ohne Arbeit. Trotzdem finden sich zu wenig Arbeitskräfte, um die Nachfrage zu decken.

Bleibt also nichts anderes übrig als motivierte Bauarbeiter aus Deutschland einzustellen. Diese werden allerdings auch im November noch hier in der Schweiz sein, wenn es im Baubereich wieder bergab geht. Dann heisst es zuerst für die neu angestellten Arbeitskräfte ade, wobei kaum einer Ausreisen wird.

Den Gang zum Arbeitsamt kennen die meisten Zuwanderer bereits aus der Heimat. Dass es in der Schweiz relativ einfach ist, Arbeitslosengelder zu beziehen und dass die Zahlungen höher sind als in Deutschland und in allen andern EU-Staaten, hat sich schnell herumgesprochen.

Es ist immer wieder festzustellen, dass gerade die Deutschen ein viel unverkrampfteres Verhältnis zu den Honigtöpfen der Sozialversicherungen haben.

Nach dem Motto: Der Staat muss mir helfen, wird tüchtig zugegriffen. Als Arbeitgeber sind einem die Hände gebunden, auch wenn offensichtlich in manchen Fällen unser System ausgenutzt wird.

Der Arbeitgeber ist verpflichtet, Bestätigungen, wie zum Beispiel die Arbeitgeberbescheinigungen für die Arbeitslosenkasse auszufüllen. Meldet der Arbeitgeber dem Arbeitsamt, dass zum Beispiel ein Arbeitnehmer gekündigt hat, ohne die Fristen eingehalten zu haben, wird dies nicht beachtet.

Es liegen mehrere Fälle vor, bei denen dem Amt gemeldet wurde, dass vermeintlich Arbeitslose kaum in der Schweiz anwesend sind und nur für die angekündigten Kontrollgespräche beim RAV in die Schweiz reisen.

Den EU-Arbeitnehmern können wir grundsätzlich keinen Vorwurf machen. Dass diese aus ihren bankrotten Heimatländern flüchten wollen, um in der Schweiz zu leben, einige am liebsten ohne zu arbeiten, ist verständlich.

Dass aber eine Mehrheit der Schweizer so dumm ist und Tür und Tor öffnet, ohne angemessene Kontrollen einzuführen, ist unverständlich, ja beinahe unerträglich!

Es gibt bei uns eine zu grosse Anzahl von Arbeitslosen und Arbeitsscheuen. Um diesem Dilemma zu begegnen, müssten die Verträge mit der EU zur Personenfreizügigkeit neu ausgehandelt und wieder Kontingente eingeführt werden.

Wir Schweizer Demokraten planen dazu eine Volksinitiative. Eine Arbeitsgruppe ist an der Arbeit!

Ausverkauf der Heimat

Seit bald 50 Jahren ist der „Ausverkauf der Heimat“ ein Thema der Schweizer Politik. Verschiedene Bundesräte erliessen Regeln über den Grundstücksverkauf an Ausländer. Einzig die Nationale Aktion und die Nachfolgepartei Schweizer Demokraten bekämpften den Ausverkauf des Heimatbodens mit Achtungserfolgen.

Die Regeln über den Grundstücksverkauf an Personen im Ausland wurden als Lex von Moos, Lex Celio, Lex Furgler, Lex Friedrich und Lex Koller bekannt.

Am 25 Juni 1995 feierten die Schweizer Demokraten einen grossen Erfolg: In der eidgenössischen Abstimmung, wird die vorgeschlagene Lockerung der Lex Friedrich, auf Grund des Referendums der Schweizer Demokraten vom Oktober 1994, mit 53,6% NEIN verworfen.

Die heutige Lex Koller soll nun auf Geheiss von Bundesrat und Parlament wieder aufgeweicht werden. Definitives erwartet man in den nächsten Monaten.

Die Schweizer Demokraten sind gerüstet auf eine weitere Kampfrunde. Ein Referendum ist geplant und kann sofort gestartet werden.

Niemals werden die Schweizer Demokraten hinnehmen, dass Landerwerb durch im Ausland lebende Personen legalisiert wird. Ein Ausverkauf unseres Heimatbodens darf es nie geben. Übergeordnete Gesetze hin oder her!

Landesregierung

Sehr verehrte Damen und Herren; gewiss musste unsere Landesregierung in den letzten Jahren dünn durch. Gewiss hat die Presse auch einiges zum Vorschein gebracht. Gewiss geht ein Magistrat nicht bei einem Diktator betteln, um eine Geisel frei zu bekommen. Gewiss vermunmt sich eine Aussenministerin nicht bei ei-

nem Staatsbesuch, um Religionsfreiheit zu manifestieren. Gewiss ruft ein Verteidigungsminister nicht die beste Armee der Welt aus und verzichtet danach auf eine Nachrüstung der Flugwaffe. Gewiss geht eine Wirtschaftsministerin nicht nach Frankreich, um mit dessen Präsidenten rumzuknutschen, um günstigere Bedingungen im Beobachterstatus zu erwirken und gewiss zerstreitet sich eine Kollegialbehörde nicht in dem Umfang, dass Misstrauen an der Tagesordnung ist.

Nun, im Dezember 2011 sind Gesamterneuerungswahlen!

Ich hatte letzte Woche, hoch oben in der Bergwelt des Berner Oberlandes die Gelegenheit, über Gott und die Welt und im Besonderen über unsere Politik und unser Staatswesen nachzudenken.

Für mich bin ich zum Schluss gekommen, dass wir als Schweiz unsere inneren Aufgaben gut gemacht haben. Die Aussenpolitik ist schwierig zu beurteilen, da wir nicht hinter die Pforten der Diplomatie sehen.

Ich bin der ehrlichen Auffassung unsere Parlamente arbeiten tüchtig und erarbeiten auch gute Lösungen.

Deshalb bin ich gewiss, dass unsere Heimat in guten Händen ist, zumal ja schliesslich das Volk das letzte Wort hat.

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,

Im Namen der Parteileitung der Schweizer Demokraten wünsche ich Ihnen eine ganz schöne Bundesfeier in der Runde von gleichgesinnten und positiv denkenden Freunden.

Es lebe unsere Heimat,
Vive la Suisse,
Viva la Svizzera,
Viva la Svizra